

Lost, Christine

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen

Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 139-148. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 30)*



Quellenangabe/ Reference:

Lost, Christine: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen - In: Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 139-148* - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-105986 - DOI: 10.25656/01:10598

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-105986>

<https://doi.org/10.25656/01:10598>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft

Lernprozeß mit ungewissem Ausgang

Herausgegeben von

Peter Dudek und H.-Elmar Tenorth

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1993

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1993 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Herstellung (DTP): Klaus Kaltenberg

Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach

Druck: Druck Partner Rübelmann GmbH, Hemsbach

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41131

Inhaltsverzeichnis

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Vorwort.....	7
--------------	---

I.

SIEGFRIED WOLF

Worte, in den Wind gesprochen.....	13
------------------------------------	----

II.

KLAUS JÜRGEN TILLMANN

Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß.....	29
--	----

GUNDEL RICHTER/BERND-REINER FISCHER

Städtischer Schulalltag im Wandel. Eine Lehrerperspektive.....	37
--	----

BENNO HAFENEGER

Aus westlicher Sicht. Ein Bericht über Lehr-Erfahrungen im revolutionären Wandel	49
--	----

GERD EGGERS

„Nun sag’, wie hast du’s mit der Religion?“ Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform	61
--	----

III.

ULRICH WIEGMANN

SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten (real)sozialistischen Gesellschaft“	75
--	----

HEIKE KAACK

Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR im Sommer 1989.....	89
---	----

BERND-REINER FISCHER

Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers	103
--	-----

WOLFGANG EICHLER/CHRISTA UHLIG

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR	115
---	-----

HELGA GOTSCHLICH

Wie gründet man ein Institut?	127
-------------------------------------	-----

IV.

CHRISTINE LOST

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen 139

GERNOT BARTH

Bildung und Politik. Humboldt und die DDR-Pädagogik 149

LOTHAR WIGGER

Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von „Pädagogik“ und
„Pädagogik und Schulalltag“ 161

WOLFGANG SEITTER

Abwicklung museal geronnener Geschichte. Bemerkungen
zur museumspädagogischen Arbeit in der DDR 181

V.

CHRISTOPH FÜHR

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Lehrerbildung in den neuen Ländern.
Ihre Entstehung und ihre Zielsetzungen 195

WOLFGANG EDELSTEIN/ULRICH HERRMANN

Potsdamer Modell der Lehrerbildung 199

HEINZ-HERMANN KRÜGER/THOMAS RAUSCHENBACH

Über die Schwierigkeiten deutsch-deutscher Annäherung. Notizen zum „Neuaufbau“
der Erziehungswissenschaft am Beispiel Halle 219

PETER MENCK

Pädagogik in und nach der Wende. Ein Beispiel 237

VI.

ELKE BOVIER/KLAUS BOEHNKE

Einheit? Ein Vergleich der Werthaltungen von Ost- und Westberliner
Lehramtsstudentinnen und -studenten vor der Währungsunion 245

BERND STICKELMANN

Sozialpädagogik als Westimport? Erfahrungen in der Fortbildung 259

YVONNE G. LÜDERS

Protokoll eines schwierigen Forschungseinstiegs 273

HELMUT HAFEMANN

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben.
Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen 283

VII.

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Rückblick in prospektiver
Absicht 301

Autorenspiegel 329

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR

*Seine Entwicklung an Beispielen*¹

Der nachfolgende Versuch, Entwicklungen von Schule und Pädagogik in der DDR zu verfolgen, unterliegt jenen Beschränkungen, die die unmittelbare Nähe der Ereignisse mit sich bringt. Er erfolgt bruchstückhaft an Beispielen, kann damit zwar Tendenzen verdeutlichen, die weitaus differenziertere Realität aber nur unvollkommen erfassen. Nah sind die Ereignisse vor allem auch deshalb, weil die biographische Betroffenheit der DDR-Bürger (und nach 1990 wohl auch die der Bundesbürger überhaupt) das Thema in besonderer Weise sensibilisiert oder aber vergrößert. Fehlende und unzureichend genutzte wissenschaftliche Grundlagen erleichtern Verdrängung ebenso wie lineare Umwertungen und kurzschlüssige Rückrechnungen.

HANS MAYER, von 1948 bis 1963 Professor für Literaturgeschichte an der Universität Leipzig (später in Hannover), warnt in seiner „Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik“, wie er sein 1991 erschienenes Buch „Der Turm von Babel“ im Untertitel nennt, „vom Ende her zu deuten“ (MAYER 1991, S. 17). Die Formel „Ende schlecht, alles schlecht“ (ebd., S. 15) ließe zumindest unbeantwortet, worin in den zwanziger Jahren die Faszination der Entwicklung in Sowjetrußland oder Ende der vierziger und noch Anfang der fünfziger Jahre jene der DDR bestand, die sie vor allem auf Intellektuelle und Künstler ausübte.

In den Publikationen deutscher Autoren über das sowjetrussische Bildungswesen wird beispielsweise bis Ende der zwanziger Jahre ein besonderes Interesse an einer „einheitliche(n) Arbeitsschule“, an der „Verbindung des Unterrichts mit der Produktion“ und an den Beziehungen der Schule zum alltäglichen Leben, wie es in den einzelnen Beiträgen hieß, sichtbar.² Obwohl viele Autoren den deklarierten Erziehungszielen kritisch oder distanziert gegenüberstanden, überwog die Meinung, daß die Schulreform in Sowjetrußland über die Errungenschaften der westeuropäischen Schulen hinausgehe und daß es sich dabei um ein „gewaltiges, waghalsiges pädagogisches Experiment“ handele.³

Mehr als sechs Jahrzehnte später beschreibt HANS MAYER jenes Grundgefühl – bezogen auf die Situation um 1949/50 in der DDR – als „Verstrickung der maßlosen Zuversicht mit der geheimen Verzweiflung“ (MAYER 1991, S. 15).

Bildungshistorische Aussagen zur DDR-Entwicklung, die für sich in Anspruch genommen haben oder nehmen, einen Gesamtüberblick zu liefern, interpretieren weitgehend – in

1 Bearbeitete Fassung eines Beitrages auf dem 13. Kongreß der DGfE im März 1992 in Berlin.

2 Vgl. Dokumente und Materialien zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen auf bildungspolitischem und pädagogischem Gebiet. Ausgew., eingel. und erläutert von G. GRISSLER. Berlin 1984 (Monumenta Paedagogica Bd. XXII).

3 Ebd., S. 34 und die Grundaussagen der Briefe von Teilnehmern an der Lehrerdelegation von 1925 nach Sowjetrußland ebd., S. 151f. Das Interesse an der Entwicklung des sowjetischen Bildungswesens weitete sich insbesondere nach 1924 aus.

Ost wie in West – auf der Grundlage offizieller bildungspolitischer Dokumente. Sie waren vorrangig zugänglich. Die scheinbare Möglichkeit, damit das Wesen und das Wesentliche sowie das einheitlich Bestimmende und Maßgebende der Bildungsentwicklung in der DDR zu erfassen, unterstützte die Beschränkung und den Rückzug auf solche Dokumente, übrigens eine nachhaltige Auswirkung nicht nur des totalitären Anspruchs der bildungspolitischen Vorgaben durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und des Staates, sondern auch eines solchen Verständnisses.⁴ Vertiefende und genauere Quellenanalysen beschränkten sich fast ausschließlich auf Zeiträume bis Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre. Den damit dennoch zu erreichenden prinzipiellen Erkenntnisgewinn hat in jüngster Zeit G. GEISLER unter Nutzung neu zugänglichen Archivmaterials nachgewiesen.

Bis in die Gegenwart herrscht die Tendenz vor, vorrangig die – wahrscheinlich leicht greifbare – Ebene der Bildungspolitik zu behandeln. Das betrifft sowohl rückblickende Bilanzierungen⁵ als auch nachträgliche Erklärungs- und Rechtfertigungsversuche (z.B. NEUNER 1991). Wesentliche Prozesse aber haben sich auf anderen Ebenen vollzogen und sind kaum dokumentiert. Sie sind möglicherweise in Biographien faßbar, deuten sich in autobiographischen Erinnerungen an (z.B. KLIER 1990) und schließen vor allen Dingen auch wirkungsgeschichtliche Untersuchungen ein.

Zu den Forschungsansätzen gehört, daß die DDR nicht aus sich selbst heraus zu erklären ist, sondern sie ist – einschließlich ihrer Vor- und Nachgeschichte – *Produkt der politischen und pädagogischen Spannungsfelder dieses Jahrhunderts und Teil deutscher Bildungsgeschichte*. In ihrer Entwicklung spiegeln sich alle akuten Konflikte im Bereich von Bildung und Ausbildung wider, die sich auch in anderen Industriestaaten erkennen lassen. Demgegenüber muß „DDR-Typisches“ genauer bestimmt werden.

Unter diesen Gesichtspunkten handelt es sich um eine *allgemeine Bildungsentwicklung*. Sie ist aber zugleich eine *spezifische*. Dementsprechende prägende Bedingungen waren der verlorene Zweite Weltkrieg, die sowjetische Besatzungsmacht und die Teilung Deutschlands als Kriegsfolgen.

Darin lagen zugleich wesentliche Ursachen für Deformationsprozesse von nachhaltiger und wachsender Auswirkung auf die nachfolgende Bildungsentwicklung, die weitaus genauer erklärt werden müssen, als es bisher erfolgt ist.

In Nachfolge des Zweiten Weltkrieges und unter den Bedingungen des „europäischen“ Bündnisses der Antihitlerkoalition entstand und bestand – bei aller inneren Widersprüchlichkeit – die Chance, auch auf pädagogischem Gebiet die demokratischen Entwicklungen der Weimarer Republik aufzugreifen und die Erfahrungen der Exilpädagogik (HANSEN-SCHABERG/LOST 1992) sowie ihre politischen und pädagogischen Konzepte zur Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus zu nutzen. Bezogen auf die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands – und nur dazu möchte ich hier sprechen – wurden bereits in diesem Zeitraum Begrenzungen sichtbar, die nahezu ein halbes Jahrhundert wirksam blieben.

4 Vgl. z.B. UHLIG, G.: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als Quellen schulgeschichtlicher Forschung in der DDR. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte Jg. 21/1981. Berlin 1981, S. 69ff.

5 Vgl. UHLIG, G.: Themen zur Neubewertung der Geschichte der Schulpolitik in der UdSSR und in der DDR. In: Entschulung der Schule? Berlin 1990 (Wortmeldungen 4), S. 133ff.; FUCHS, H.-J./SCHMIDT, R.: Gedanken zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. In: GdE-Information, Nr. 2, 3/1990. Während die beiden genannten Interpretationsversuche auf Sachkenntnis beruhen, sind in Ost und West auch „schnelle“ Veröffentlichungen zu registrieren, die ausschließlich und oberflächlich vom Endergebnis rückrechnen oder vor allem durch das Erkennen eines konjunkturellen Themas bestimmt sind.

Die auf dem Territorium der DDR wirkenden Begrenzungen lagen vor allem:

- im Selbstverständnis und in der Kennzeichnung der sowjetischen Besatzungsmacht als Befreier, „Klassenbruder“ sowie Führungs- und Hauptmacht künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen mit einer entsprechenden administrativen Politik;
- in stalinistischen Vorstellungen vom sozialistischen Entwicklungsweg in allen von der Sowjetunion befreiten und besetzten Ländern, die, insbesondere nach 1947, schrittweise wirksam und von der 1946 durch den Zusammenschluß von KPD und SPD in der sowjetisch besetzten Zone entstandenen Sozialistischen Einheitspartei (SED) mitgetragen wurden. Der damit verbundene Prozeß führte etwa 1949/50 innerhalb der SED zu einer Ausgrenzung sozialdemokratischen Gedankenguts;
- in den Folgen der massiven territorialen, strukturellen und demographischen Eingriffe sowie in den durch die innere Struktur des Territoriums und die Art der Besatzungsmacht gravierend spürbaren Kriegsfolgen und
- in einer zunehmenden Isolierung als untauglichem Versuch zur inneren Stabilisierung.

Aus einer solchen Situation heraus entsprach der pädagogisch-totalitäre Anspruch auf dem Territorium der DDR einem *Strukturmuster*, das wesentlich durch das in der Sowjetunion funktionierende Sozialismusmodell beeinflusst war. Er war zugleich Bestandteil eines staatlichen *Überlebensmusters*, dessen wesentliche Stützen zunächst von außen kamen, nämlich durch die Einbindung in ein „Lager“, und dessen innere Stabilität an eine ideologisierte Ausrichtung und einheitliche Lenkung und Kontrolle gebunden war. Es wäre aber verhängnisvoll zu übersehen, daß sich dahinter auch die Absicht verbarg, *Einheitlichkeit zu organisieren, um soziale Grundfragen und Ansprüche lösen zu können*, die in industriell entwickelten Ländern beispielsweise auf dem Gebiet von Bildung und Schule mindestens seit Jahrhundertbeginn und häufig in parteipolitischen Programmen, durch Gewerkschaften, durch Lehrerverbände und -bewegungen formuliert worden waren.

Nachfolgend möchte ich drei Beispiele herausgreifen, die das verdeutlichen. Ich wähle bewußt nicht die Entscheidungssituationen 1949/50, 1953 und 1956/58, sondern den Zeitraum zwischen 1951 und 1953, die Jahre zwischen 1958 und 1961 und die zweite Hälfte der achtziger Jahre. Die Mitteilungen sind nur punktuell. Sie erfolgen zugleich in der Hoffnung, die „Verstrickungen“, von denen ich anfangs gesprochen habe, andeuten zu können. Ausgewählt wurden der „Reorganisationskonflikt“ von 1952/53, Zwecke und Ergebnisse des Übergangs zur zentralen Planung pädagogischer Forschung Anfang der sechziger Jahre und die schulpolitische Reaktion auf die Schulkritik und die Reformvorschläge im Vorfeld des IX. Pädagogischen Kongresses, der im Juni 1989 durchgeführt wurde.

1. Der „Reorganisationskonflikt“ von 1952/53

Der Beschluß des Politbüros der SED vom 29. Juli 1952 „Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen“ hatte zunächst auf die Arbeit an den Schulen zu Beginn des Schuljahres 1952/53 keine gravierenden Auswirkungen. Immerhin hatte WALTER ULBRICHT am 9. Juli relativ unerwartet, wie es schien, den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“ zur künftigen Hauptaufgabe erklärt. In den Festlegungen vom 29. Juli wurde daraus abgeleitet, daß die Schule „die Bildungs- und Erziehungsarbeit, die Methoden und Organisati-

on dieser Arbeit weiter verbessern“ müsse, um „die Jugend zu allseitig entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen, die fähig und bereit sind, den Sozialismus aufzubauen und die Errungenschaften bis zum äußersten zu verteidigen“.⁶

Anhand der Protokolle der Leitungssitzungen im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut (DPZI) im Verlauf des Schuljahres 1952/53 läßt sich nachweisen, daß dieser Beschluß erhebliche Verwirrung stiftete und zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung über die weitere Entwicklung der Schule führte.

Während auf der einen Seite das Schuljahr in den Grund-, Zehnklassen- und Oberschulen ohne wesentliche Veränderungen gegenüber 1951/52 begann, beschäftigte sich die Abteilungsleitersitzung des DPZI am 5. September 1952 mit der Überlegung, im Januar 1953 eine „Pädagogisch-theoretische Konferenz“, wie sie genannt wurde, zum Thema „Die Konkretisierung des Erziehungsziels in der deutschen demokratischen Schule“ vorzubereiten.⁷ Die Idee zu einer solchen Konferenz wird allerdings erst wieder im Januar 1953 aufgegriffen, und zwar nunmehr unter dem Gesichtspunkt, vom damaligen Direktor des DPZI, WERNER DORST, vertreten, nicht nur das Erziehungsziel müsse auf der Tagesordnung stehen, sondern auch die Schulstruktur und ihre Weiterentwicklung. Als neuer Termin wurde der April 1953 und als neues Thema „Die Entwicklung der allgemeinbildenden Schule beim Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Verwirklichung ihres allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziels“ vorgeschlagen.⁸ Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, die Arbeit in der Volksbildung in den nachfolgenden Jahren wissenschaftlich zu begründen. Auf dieser Sitzung entwickelte sich eine heftige Auseinandersetzung darüber, ob die Realisierung des neuen Erziehungsziels eine neue Schulstruktur voraussetze (HRUSCHKA, DORST) oder aber sich die neue Schulstruktur aus den Bildungs- und Erziehungsanforderungen ergebe (RÜCKER). Gleichzeitig wurden aber auch Bedenken gegenüber jeder Veränderung geäußert, um eine angenäherte Schulstruktur in Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands zu erhalten.

In den nachfolgenden Monaten spielte ein Vorschlag eine außerordentliche Rolle, der in dieser Diskussion erstmals und nachdrücklich eingebracht wurde, nämlich nach sowjetischem Vorbild den Übergang zu den Hochschulen und Universitäten sofort nach dem Abschluß der zehnten Klasse anzuschließen. In der Sitzung vom 8. Januar wird dieser Standpunkt von UHLMANN vertreten, und zwar mit der Argumentation, daß bisher Entscheidungen ausgewichen worden sei und sowohl ULBRICHT wie GROTEWOHL für eine solche Angleichung an das sowjetische Bildungsmodell plädiert hätten.

Unsicherheiten gegenüber den Beschlüssen über das sozialistische Bildungs- und Erziehungsziel auf der einen Seite und eine rigorose Orientierung am sowjetischen Schulmodell, das als Prototyp einer sozialistischen Schule zitiert wurde, und das unbefriedigende Ergebnis der 1951 eingeführten Zehnklassenschulen sowie die ideologisch unsichere Situation an den Oberschulen führten in den folgenden Monaten zu rasch aufeinanderfolgenden Entscheidungen. Bereits am 5. Februar 1953 wird die Konferenz zur sozialistischen Entwicklung der Schule auf das Thema „Polytechnische Bildung und Erziehung“ konzentriert, sie wird für April geplant und findet schließlich im Mai statt.⁹ Erneut forciert wird

6 Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945–1955. Berlin 1970, S. 419 (Monumenta Paedagogica Bd. VI).

7 Vgl. Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Sign. o.O. DPZI: Protokolle der Direktionsberatungen. Abteilungsleitersitzung am 5. 9. 1952.

8 Ebd., Abteilungsleitersitzung am 8. 1. 1953.

9 Ebd., Abteilungsleitersitzung am 5. 2. 1953.

ein Vorschlag zur „Reorganisation der Lehrer- und Erzieherausbildung und -weiterbildung“, der als Ergebnis einer Studienreise in die Sowjetunion im Ministerium für Volksbildung bereits im Juli 1952 vorgelegt worden war und der sich auf das Vorbild der Lehrerausbildung in der Sowjetunion berief.¹⁰ In dem Material wurde der Leitung des Bildungswesens in der DDR – wie in anderen Materialien mangelnde Entscheidungsfreude – Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen und mit Nachdruck drei Grundaufgaben jeder Verwaltung, wie es heißt, benannt, nämlich „Anleitung, Kontrolle, Auswertung“.¹¹ Im Rückgriff auf dieses Material wurde im Februar 1953 in der Leitung des Ministeriums für Volksbildung das Exposé zu einem „Vorschlag zur Reorganisation der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und der Lehrerbildung“ zur Diskussion vorgelegt.¹² Die einschneidendste Maßnahme bestand in der Reduzierung der Oberschule auf drei Jahre. Die Einführung der Elfklassenschule sollte bereits mit Beginn des Schuljahres 1953/54 erfolgen. Parallel dazu waren Veränderungen in der Lehrerbildung vorgesehen, die eine weitere Vereinheitlichung unter Berücksichtigung der neuen Elfklassenschule vorsahen. Die sogenannte „Reorganisation der Lehrerbildung“ orientierte auf die vierjährige Ausbildung von Unterstufenlehrern für die Klassen 1 bis 4 nach Abschluß der Grundschule (8. Klasse), eine zweijährige Ausbildung von Mittelstufenlehrern für die Klassen 5 bis 8 nach Abschluß der Elfklassenschule und eine vierjährige Ausbildung von Oberstufenlehrern für die Klassen 9 bis 11 ebenfalls nach Abschluß der Elfklassenschule.

Das Reorganisationskonzept diente in den nachfolgenden Monaten vor allem dazu, die Oberschulen „zu säubern“, und war mit einer ideologischen Kampagne von erschreckendem Ausmaß verbunden. Als bildungspolitische Entscheidung des Ministeriums für Volksbildung diente es fast ausschließlich politischen Zwecksetzungen. Mit den gravierenden strukturellen Veränderungen verbundene pädagogische Fragen blieben unberücksichtigt. Wissenschaftliche Vorarbeiten beziehungsweise begleitende Forschungen für einen solchen Schritt gab es nicht. Es ist bezeichnend, daß während dieser Zeit die Arbeit des DPZI vorrangig auf die Vorbereitung der polytechnischen Konferenz konzentriert war und die Geschehnisse in den Schulen unbeachtet blieben. Erschrockene Reaktionen darauf sind erst wieder in den Dienstreiseberichten von Mitarbeitern des DPZI zu finden, die im Ergebnis des Auftrages entstanden, die Ereignisse des 17. Juni 1953 an den Schulen zu erfassen. So zeigte sich beispielsweise, daß in Brandenburg 73 Schüler, die Mitglieder der Jungen Gemeinde waren, im Rahmen einer „Aktion“ der Kreisleitungen von FDJ und SED Anfang April, oft gegen den Widerstand von Lehrern, von den Ober- und Zehnklassenschulen entfernt worden waren. An der Brandenburger Theodor-Neubauer-Schule wurden aus den gleichen Gründen insgesamt 20 Prozent aller Schüler von den Zehnklassen- und Oberschulen verwiesen.¹³

Die eigentliche, das heißt die strukturelle „Reorganisation“ der allgemeinbildenden Schulen und der Lehrerbildung wurde mit einer Verordnung des Ministeriums für Volksbildung am 15. Mai 1953 in Gang gesetzt, aber praktisch nicht mehr wirksam. Noch in der am 29. Mai herausgegebenen Anweisung zur Übergangsregelung war vorgesehen, ab 1. September die dreijährige Oberschule verbindlich einzuführen. Die Eltern sollten davon

10 Archiv ... Sign. o.O. DPZI: Mappe 708. Hauptabteilung Lehrerbildung am 4. 7. 1952 – Vorschlag zur Reorganisation der Lehrer- und Erziehungsbildung und -weiterbildung.

11 Ebd.

12 Vgl. Mappe 495. Vorbereitende Beratungen zur Einführung einer Elfklassenschule fanden bei der Ministerin für Volksbildung, Else Zaisser, bereits am 12. und am 15. 1. 1953 statt.

13 Vgl. ebd.: Bericht über die Dienstreise nach Brandenburg am 29. 6. 1953.

Kenntnis erhalten und bis zum 30. Juni informiert werden, wo Ein- und ob Umschulungen erfolgen sollten.¹⁴

Die Ergebnisse des 17. Juni machten diese Vorstellungen hinfällig. In der Bilanz der Abteilung Schulinspektion des Ministeriums über die Ergebnisse des Schuljahres 1952/53 heißt es darüber: „Die Schlußfolgerungen des XIX. Parteitages der KPdSU führten zu einer Überprüfung unserer Schulstruktur.“¹⁵ Ziel der Reorganisation sei die „schnellere(n) Entwicklung von Kadern“ gewesen, aber auch die Überwindung der Zehnklassenschule als „unvollkommenes Schulsystem“ und der Oberschule, deren Lehrplan ausufere. Schlußfolgernd heißt es: „So nützlich und vorteilhaft die Einführung der dreijährigen Oberschule gewesen wäre, konnte diese Maßnahme aus prinzipiellen politischen Erwägungen im Hinblick auf die Herbeiführung der Einheit Deutschlands nicht aufrechterhalten werden.“¹⁶ „Bei der Durchführung der richtigen Linie“, heißt es weiter, „wurden Fehler begangen“.

Die Ereignisse um den 17. Juni führten zwar dazu, daß der Plan der Einführung einer Elfklassenschule nicht zustande kam. Er hatte Befürworter nicht nur unter denjenigen gefunden, die im sowjetischen Bildungswesen das zu übertragende sozialistische Vorbild sahen, sondern auch bei denjenigen, die rationelle Wege zur Bewältigung inhaltlicher und struktureller Probleme im Oberstufenbereich suchten. An den Zehnklassen- und Oberschulen wurde versucht, die von den Schulen verwiesenen Schüler zurückzuholen. Die vierklassige Oberschule blieb – trotz prinzipieller Veränderungen im Pflichtschulbereich – bis in die sechziger Jahre hinein weitgehend unberührt (LOST 1992, S. 103ff.). In der Lehrerbildung erfolgten die Veränderungen jedoch ab Herbst 1953 vorrangig nach dem alten Reorganisationsbeschluß. Dagegen wendet sich mehrfach, heftig, aber vergeblich, HEINRICH DEITERS bereits Ende 1952 und erneut ab Juni 1953, indem er davor warnt, Ansprüche an die Ausbildung der Lehrer zurückzunehmen.¹⁷ Das DPZI, ab Ende 1952 nicht mehr nachgeordnete Dienststelle des Ministeriums, sondern als „Institut für wissenschaftliche Forschung auf pädagogischem Gebiet“ ausgewiesen¹⁸ und im Kollegium des Ministeriums für Volksbildung am 8. Juli 1953 erstmals mit der Überlegung verbunden, daß sich das Institut zu einer Akademie entwickeln solle,¹⁹ verhielt sich zu den Vorgängen um die Reorganisation relativ unberührt. Die vielfach kurzschlüssigen Entscheidungen fielen vor allem im Ministerium für Volksbildung. Die unmittelbar politisch motivierten Restriktionen, insbesondere ab April 1953, gingen offensichtlich von den territorialen Leitungen der FDJ und der SED aus. An einem Teil der Schulen gelang es Lehrern und Eltern, die Maßnahmen zu mildern, häufiger aber blieben Proteste wirkungslos oder beschränkten sich ausschließlich auf die Reorganisation der Schule und die damit beabsichtigte Neustrukturierung der Lehrerschaft.²⁰

Der 1952/53 sichtbar gewordene Grundkonflikt durchzieht alle nachfolgenden Schritte

14 Vgl. ebd., Mappe 708: Anweisung zur Übergangsregelung für die Reorganisation der allgemeinbildenden Schulen (Entwurf) vom 29. 5. 1953.

15 Ebd.: Abt. Schulinspektion – Die Ergebnisse des Schuljahres 1952/53. Vom 17. 7. 1953.

16 Ebd.

17 Dementsprechende Äußerungen von Heinrich Deiters sind u.a. zu finden: in der Niederschrift über die am 11. 11. 1952 durchgeführte Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Volksbildung, im Protokoll der entsprechenden Sitzung am 24. 6. 1953 und in einem Brief an Paul Wandel vom 26. 6. 1953. In: Archiv ... a.a.O., Mappe 708.

18 Niederschrift über die am 18. 11. 1952 durchgeführte Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Volksbildung. Ebd.

19 Niederschrift über die Sitzung des Kollegiums vom 8. 7. 1953. Ebd.

20 Vgl. die Dienstreiseberichte vom 29. 6. 1953 nach Brandenburg und Jena. Ebd., Mappe 495.

der Schulentwicklung in ständiger Verschärfung. An zwei weiteren Beispielen kann das hier nur angedeutet werden:

2. Zwecke und Ergebnisse des Übergangs zur zentralen Planung der pädagogischen Forschung Anfang der sechziger Jahre

Die Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft in der DDR zwischen 1958 und 1961 ist vor allem durch zwei Prozesse gekennzeichnet: durch die Benennung von Schwerpunktaufgaben und ihr Erfassen in Formen der längerfristigen Forschungsplanung sowie der Entwicklung neuer Organisationsformen und Arbeitsweisen der pädagogischen Forschung. Eine Schlüsselstellung dabei gewannen die Schulkommission des Politbüros der SED, die unter der Leitung von KURT HAGER arbeitete, und das Ministerium für Volksbildung, in jenen Jahren von ALFRED LEMMNITZ geleitet. Angestrebt wurde eine effektive Wirksamkeit des Forschungspotentials für die Prozesse, die mit der Einführung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule 1958/59 in Gang gesetzt worden waren. Im Dezemberheft der Zeitschrift „Pädagogik“ wurde unter diesen Gesichtspunkten gefordert, „die pädagogische Wissenschaft organisiert in den großen Kampf um die sozialistische Schule einzureihen“²¹ und dafür eine „sinnvolle zentrale Lenkung und Leitung der Forschungsarbeit“²² zu gewährleisten. Eine Erhebung des DPZI Anfang Februar 1959 hatte 392 laufende Untersuchungen verschiedenster Art ergeben.²³ Konzentration und Effektivität sollten sich darauf richten, wie es im Beschluß einer Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler im Juni 1959 hieß, die Hauptprobleme des Aufbaus der sozialistischen Schule in den Mittelpunkt zu stellen, den Inhalt und die Methoden der pädagogisch-wissenschaftlichen Arbeit weiterzuentwickeln, pädagogische Wissenschaft und Schulpraxis enger und wohl auch direkter miteinander zu verbinden, die systematische Qualifizierung der Forschenden und die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu ermöglichen.²⁴ In Zusammenhang mit der Neuformierung des Forschungspotentials wurden zunehmend Wissenschaftler der sogenannten zweiten Generation bestimmend. Im Bereich der Bildungspolitik erfolgte ebenfalls ein Generationswechsel. Er war in der ersten Hälfte der sechziger Jahre weitgehend abgeschlossen. In den nachfolgenden Jahrzehnten und bis 1989 gab es keine einschneidenden Veränderungen mehr.

Dem DPZI wurden besondere Funktionen bei der Koordinierung und Anleitung der Forschungen übertragen. Es wurde festgelegt, daß der Forschungsplan vom Ministerium für Volksbildung nach Konsultation mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen zu bestätigen sei und das DPZI auf dieser Grundlage die wissenschaftliche Arbeit anleite und dem Ministerium für Volksbildung gegenüber dafür verantwortlich sei. An den einzelnen Hochschulen, Universitäten und Pädagogischen Instituten wurden Forschungszentren eingerichtet, die wiederum den Direktoren der Einrichtungen und damit ebenfalls dem Ministerium für Volksbildung unterstellt waren.

Mit dieser Orientierung auf eine einheitliche und straffe Führung bahnte sich eine Ver-

21 Unser Wort. In: Pädagogik 13. Jg. (1958), S. 851.

22 Ebd., S. 849.

23 Vgl. Archiv ..., Mappe 2486.

24 Vgl. Beschluß der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. Vom 20. Juni 1959. In: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der DDR. Teil 2: 1956–1967/68. 1. Halbbd. (Monumenta Paedagogica VII/1), Berlin 1969, S. 255ff.

bürokratisierung an, die sich auf den tatsächlichen Bedarf an Forschungsergebnissen, auf den Bewegungsraum der Forschenden und durch die primäre Anbindung an schulpolitische Vorgaben durch das Ministerium verhängnisvoll auswirkte. Am 19. Juli 1962 beschlossen das Ministerium für Volksbildung und das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen „Grundsätze für die Planung, Organisation und Leitung der pädagogischen Forschung und zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Volksbildungswesens der DDR“, in denen vorgesehen war, daß das Ministerium für Volksbildung „entsprechend seiner Verantwortung für die Entwicklung des sozialistischen Schulwesens und der Berufsbildung ... die Hauptaufgaben und Schwerpunkte der pädagogischen Forschung“²⁵ bestimmt. Der 1959 beim Ministerium für Volksbildung geschaffene Wissenschaftliche Rat wurde für die Führung von Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften verantwortlich. Ausgehend von einem Forschungsprogramm, wurden Jahrespläne der pädagogischen Forschung auf der Grundlage von Forschungsanträgen erarbeitet. Der Wissenschaftliche Rat beim Ministerium für Volksbildung erhielt die Aufgabe, „mit Hilfe der Koordinierungsstelle beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut die zielstrebige Verwirklichung der Forschungsprogramme, insbesondere die Konzentration der Kräfte auf die vordringlichen Probleme und die thematische Koordinierung der Forschungsvorhaben“²⁶ zu sichern.

In die Erarbeitung der Forschungsprogramme waren alle Einrichtungen einbezogen. Sie ordneten sich im Zeitraum bis Mitte der sechziger Jahre einer solchen Forschungsplanung zunächst ohne wesentliche und sichtbare Konflikte zu. Die Folge war bald eine traditionelle Zuordnung von Forschungsbereichen und -gegenständen zu einzelnen Einrichtungen, deren Verfestigung erst in den achtziger Jahren zu wachsenden Konflikten führte.

3. *Die schulpolitische Reaktion auf Schulkritik und Reformvorschläge im Umfeld des IX. Pädagogischen Kongresses vom Juni 1989*

Wachsende und sich verfestigende Konflikte auf der einen Seite und zunehmende ideologische Erstarrung und staatspolitische Absicherung auf der anderen bewirkten besonders unter dem Eindruck der Entwicklungen in der Sowjetunion in den achtziger Jahren massive Hoffnung und Versuche, mit Hilfe von Reformen und partiellen Veränderungen die Entwicklung in der DDR neu zu orientieren und fortzuführen. Vor allen im Vorfeld des IX. Pädagogischen Kongresses, der vom Ministerium für Volksbildung nahezu generalstabsmäßig vorbereitet wurde und im Juni 1989 unter strenger Abschirmung der nominierten Teilnehmer stattfand, entstand eine Fülle von Analysen, Konzepten, Vorschlägen in der Hoffnung auf die entsprechende Reaktion.

Analysen haben ergeben, daß – so ein internes Protokoll der Eingabenstelle des Ministeriums für Volksbildung – 403 dieser Eingaben an die zur Vorbereitung des Kongresses am Ministerium für Volksbildung geschaffene Antragskommission weitergereicht und als Anregung akzeptiert wurden.²⁷ Die übrigen Zuschriften und Ausarbeitungen, etwa 40 Prozent, blieben unbeantwortet, darunter zwei Drittel Zuschriften von Privatpersonen und ein

25 Grundsätze für die Planung, Organisation und Leitung der pädagogischen Forschung und zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Volksbildungswesens in der DDR. Vom 19. Juli 1962 (Auszüge). In: Ebd. 2. Halbbd. (Monumenta Paedagogica VII/2). Berlin 1969, S. 421.

26 Ebd., S. 422.

27 Zu diesem und dem folgenden vgl. KAACK in diesem Band sowie diess.: H.: Keine Antwort – M.f.S. Briefe an den Pädagogischen Kongreß 1989. In: Deutschland-Archiv H. 10/1991, S. 1132ff.

Drittel Zuschriften von kirchlichen Gruppierungen sowie Eltern-, Jugend-, Hochschullehrergruppen usw. In diesen Eingaben werden vorrangig Vorschläge zur Entideologisierung des Bildungsinhalts, zur Erziehung zur gewaltfreien Konfliktbewältigung und zur Dialogfähigkeit unterbreitet, die Abschaffung des Wehrunterrichts gefordert, und es wird nachdrücklich vorgeschlagen, dem musischen Bereich mehr Beachtung zu schenken und im Unterricht ethisch-moralische Fragen zu behandeln und die ökologische Verantwortung zu betonen. Eingemahnt wurden die ganzheitliche Sicht auf das Kind, das Ersterziehungsrecht der Eltern und die Chancengerechtigkeit für alle.²⁸

Hinsichtlich der Schulstruktur wurde unter anderem auf die Notwendigkeit neuer Fächer und differenzierter Bildungswege verwiesen. Besonders heftig war die Kritik an der auf zwei Jahre reduzierten Erweiterten Oberschule. Schließlich wurde auf die Verbesserung der materiellen Ausstattung der Schulen, die Einführung der Fünftage-Schulwoche, die Bereitstellung neuer Unterrichtsmittel usw. verwiesen. In fast allen Fällen aber wurde die prinzipielle Struktur des Bildungswesens in der DDR nicht in Frage gestellt. Nahezu alle Vorschläge waren darauf gerichtet, dieses Bildungswesen aus Vereinseitigungen und Erstarrungen zu befreien und weiter auszubauen und zu verbessern.

Daß eine solche Möglichkeit längst Illusion war, zeigt die Tatsache, daß im November 1990 in den Räumen des Ministeriums für Volksbildung Unter den Linden etwa 250 solcher Eingaben gefunden wurden. Sie waren unbeantwortet geblieben. Teilweise war nur die Kopie vorhanden. Die Originale, wie es sich herausstellte,²⁹ waren von den für den Kongreß Verantwortlichen zur Auswertung an das Ministerium für Staatssicherheit weitergegeben worden.

Aber auch nach dem November 1989 gelang es nicht, die Reformvorschläge wirksam aufzugreifen, sie, den neuen und veränderten Möglichkeiten entsprechend, zu entwickeln und umzusetzen und sie über die Entwicklungen in Nachfolge des Einigungsvertrages hinaus zumindest als Innovationspotential zu wahren. Das Bildungswesen der DDR erwies sich bis 1989 aus vielen Gründen und trotz mehrfacher Versuche (UHLIG 1992), nicht zuletzt wegen seiner monolithischen Struktur und seiner ausschließlichen Bindung an Staatspolitik und Ideologie, als nicht reformierbar. Die Reformansätze des Jahres 1990, die in Auseinandersetzung damit entstanden waren und mit denen eine prinzipielle Verbesserung dieses Bildungswesens, nicht aber seine Beseitigung angestrebt wurde, wurden durch die weitgehende Übernahme westdeutscher Bildungsstrukturen abgebrochen. Viele der nachfolgenden Prozesse erfolgten geschichtslos als Anpassung.

Daß dem wachsenden pädagogisch-totalitären Anspruch auf der einen Seite auf der anderen Seite permanente Reformforderungen, aber auch die Überzeugung von der Reformfähigkeit des Bildungswesens in der DDR gegenüberstanden, läßt vermuten, daß die von HANS MAYER zitierte Verstrickung der maßlosen Zuversicht mit geheimer Verzweiflung weit wirksamer war, als über die Untersuchung von schulpolitischen Entwicklungen und ausschließlich vom Ende her und ohne Berücksichtigung des Jahres 1990 nachzuweisen ist.

28 Vgl. ebd., S. 1133.

29 Vgl. ebd., S. 1132ff.

Literatur

- GEISSLER, G.: Schulgeschichte im Umkreis des 17. Juni 1953. In: Wortmeldungen 4. Entschulung der Schule? Berlin 1990, S. 151ff.
- GEISSLER, G.: Zur Schulreform und zu den Erziehungszielen in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1947. In: „Pädagogik und Schulalltag“, Berlin, 46. Jg. (1991), S. 410–422.
- GEISSLER, G.: Zur bildungspolitischen Tendenzwende in der SBZ 1947 bis 1949. In: „Pädagogik und Schulalltag“, Berlin, 46. Jg. (1991), S. 529–543.
- HANSEN-SCHABERG, I./LOST, C.: Minna Specht – Reformpädagogin und Sozialistin. Zur Geschichte doppelter Verdrängung und verlorener Chancen. In: Ein Plädoyer für unser reformpädagogisches Erbe. Hrsg. von Andreas Pehnke. Neuwied 1992, S. 151–163.
- KLIER, F.: Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR. München 1990.
- LOST, C.: Zum Umgang mit Reformpädagogik in der DDR 1945 bis 1989 als Fallbeispiel für das Problem Hinwendung zum Kind. In: Dem Kinde zugewandt. Hrsg. von Hans-Dieter Schmidt/Uwe Schaarschmidt/Volkhard Peter. Baltmannsweiler 1991, S. 58–67.
- LOST, C.: Zur hochschulvorbereitenden Allgemeinbildung in der DDR: die „erweiterte Oberschule“ (Oberschule/EOS). In: Schule und Pädagogik im geteilten Deutschland im Spannungsfeld von Konvergenz und Divergenz (Traditionen – Reformen – Bilanz für die Zukunft). Kolloquium 12. bis 13. November 1990. Bochum/Chemnitz 1992, S. 103–115.
- MAYER, H.: Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik. Frankfurt a. M. 1991.
- NEUNER, G.: Pädagogische Wissenschaft in der DDR. Ein Rückblick auf Positionen und Restriktionen. In: „Die Deutsche Schule“, Berlin, H. 3/1991, S. 280–295.
- UHLIG, C.: Gab es eine Chance? – Reformpädagogik in der DDR. In: Ein Plädoyer für unser reformpädagogisches Erbe. Neuwied 1992, S. 139–151.

Anschrift der Autorin

Christine Löst, Prof. Dr., Hanns-Eisler-Str. 6, O-1055 Berlin.